

**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144  
Fax : (0221) 221-26005  
E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 03.05.2013

**Auszug  
aus der Niederschrift der 28. Sitzung des Ausschusses für  
Anregungen und Beschwerden vom 29.04.2013****öffentlich****3.4 Bürgereingabe zum Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom  
10.05.2012 zur Busanbindung Köln-Blumenberg  
0999/2013**

Die Vertreter der IG Blumenberg, Frau van Beveren und Herr Yeh erläutern ihre Eingabe.

Für die Verwaltung nimmt Herr Dörkes, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stellung. Er teilt mit, dass sich die Verwaltung insbesondere wegen der erheblichen Kosten gegen eine zusätzliche Busanbindung ausspricht. Auf Nachfrage von Herrn Schneider nach einer realisierbaren Alternative, teilt Herr Dörkes mit, dass die im Beschlussvorschlag genannte Alternative, die Verlängerung der Buslinie 120, eine geprüfte und durchführbare Möglichkeit sei, eine Busverbindung herzustellen.

Herr Schneider hält es für wichtig, den Stadtteil Blumenberg an eine Buslinie anzubinden, da die bestehende S-Bahn-Verbindung für eine angemessene Sicherstellung des ÖPNV nicht ausreicht. Die damit verbundenen Kosten sollten dafür in Kauf genommen werden.

Frau Herbers-Rauhut plädiert dafür, die Vorlage ohne Votum in den Verkehrsausschuss zu verweisen, da dort die Sache fachlich angemessen bewertet werden könne.

Herr Thelen hält es für besser, ein Votum abzugeben und lässt über den Alternativen-Vorschlag der SPD abstimmen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt die Beschlussfassung gemäß

**Alternative:**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der KVB AG zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 die Verlängerung Buslinie 120 über Chorweiler nach Blumenberg gemäß dem Konzept der Verwaltung umzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen infrastrukturellen Anpassungen rechtzeitig vorzunehmen und aus der Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW zu finanzieren.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich aus der Inbetriebnahme ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU.